

## KURZMELDUNGEN

## Schoggitaler 2011

**BERN** | Der Erlös der Schoggitaler-Aktion 2011 wird für die Sicherung und den Schutz von Waldreservaten in der Schweiz verwendet. Daneben unterstützt die Taler-Aktion weitere Aktivitäten des Schweizer Heimatschutzes und von Pro Natura. Der Verkauf der traditionsreichen Schoggitaler aus Schweizer Biovollmilch sowie Kakao aus fairem Handel startet gemäss einem Communiqué vom Montag im September. Schulkinder werden in der Deutschschweiz und in der Romandie vom 7. bis 17. September sowie im Tessin vom 17. bis 24. September die goldenen Taler verkaufen. Von jedem verkauften Taler fliessen 50 Rappen in die Klassenkasse als Dankeschön für den Einsatz der Kinder für den Natur- und Heimatschutz. | sda

## Raser-Prozess

**BASEL** | Am Basler Strafgericht hat am Montag der Prozess gegen den Verursacher des tödlichen Verkehrsunfalls im «Gundeli» im November 2008 begonnen. Der Angeklagte konnte sich an die Unfallfahrt kaum noch erinnern und sagte, er habe das andere Auto nie gesehen. Vor Gericht steht ein heute 24-jähriger Schweizer wegen vorsätzlicher Tötung, mehrfacher versuchter vorsätzlicher Tötung und weiterer Delikte. Er lenkte das Auto, das am 29. November 2008 um 1.00 Uhr früh mit rund 100 Stundenkilometern seitlich in ein korrekt auf eine Kreuzung fahrendes Auto fuhr. Dabei kam ein Mann ums Leben. | sda

## Angehörige stark belastet

**BELLINZONA** | Im Tessin wenden Angehörige deutlich mehr Zeit für die Pflege von Angehörigen auf als in anderen Teilen der Schweiz. Dies geht aus dem Forschungsprojekt AgeCare-Suisse-Latine hervor, das der Spitex Verband Schweiz am Montag veröffentlicht hat. Pflegenden Partnerinnen oder Partner investieren in der italienischen Schweiz durchschnittlich 138,2 Stunden pro Woche in die Betreuung von Angehörigen. Sind es Töchter oder Söhne, die ihre Eltern pflegen, liegt der Aufwand im Durchschnitt bei 95,4 Stunden. | sda

## Historische Wiese öffnen

**BERN** | Die SVP möchte das Rütli auch für Parteien nutzen können. Parteipräsident Toni Brunner will mit den anderen Parteien das Gespräch suchen und sich dafür einsetzen, dass die Wiese auch politischen Parteien zur Verfügung steht. Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) verweigert den Parteien seit Jahrzehnten die Nutzung der Stätte, an der die Eidgenossen 1291 den Rütli-Schwur geleistet haben sollen. | sda

## Bern | Verband swisscleantech fordert die Förderung neuer Technologien

## «Zeit für die Energiewende»

**Nicht die ganze Wirtschaft stemmt sich gegen Atomausstieg und CO<sub>2</sub>-Reduktion. Im Wirtschaftsverband swisscleantech kämpfen über 200 Unternehmen aus Industrie, Stromversorgung und Umwelttechnologie für die Energiewende.**

Für sie ist eine nachhaltige Energiepolitik nicht nur das politische Diktat der Stunde, sondern auch eine wirtschaftliche Chance. Vor 150 Jahren sei die Schweiz arm gewesen, sagte Bertrand Piccard, Präsident des Patronatskomitees von swisscleantech, am Montag vor den Medien in Bern. Dank der Visionen einiger Pioniere sei sie 30 Jahre später ein reiches Land gewesen. «Auch heute müssen wir wieder eine solche Wahl treffen», sagte der Solarpionier. Im Gang sei nichts weniger als eine neue Industrierevolution. «Wenn wir reich bleiben wollen, müssen wir mitmachen», ist Piccard überzeugt. Die ganze Welt werde in Zukunft Cleantech-Produkte brauchen. «Wenn wir sie nicht verkaufen, verkauft sie jemand anders.»

## Billigstromstrategie am Ende

Motor der Energiewende ist gemäss der am Montag vorgestellten «Cleantech Energiestrategie» die Vollkostenrechnung. Wenn man alle Kosten einbeziehe, seien weder die Atomkraft noch fossile Energieträger wirtschaftlich, sagte Verbandspräsident Nick Beglinger. «Die Zeit der Billigstromstrategie ist zu Ende.» Einen alternativen Ansatz, der sowohl der Wirtschaft, der Schweizer Volkswirtschaft wie auch der Umwelt zugute kommt, zeigt der

Wirtschaftsverband in einem neuen Strategiepapier auf. Energieträger sollen ihre tatsächlichen Kosten decken, was Strom und fossile Brennstoffe 20 bis 30 Prozent verteuern würde. Mit dem Geld sollen aber nicht etwa Klimaprojekte oder eine angemessene Versicherungsdeckung für AKW-Unfälle bezahlt werden. Die Mittel fliessen gemäss der swisscleantech-Strategie in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und intelligente Stromnetze. Beglinger ist überzeugt, dass davon die ganze Schweizer Wirtschaft profitieren könnte.

## «Umweltfreundlich und reich»

Heute werde das in der Schweiz verdiente Geld in Saudi-Arabien oder Kasachstan für fossile Brennstoffe ausgegeben. In der Schweiz eingesetzt, könnte es zu einem Aufschwung und zu vielen neuen Arbeitsplätzen führen. «Wir wollen umweltfreundlich und reich werden», bringt Christian Zeyer, Hauptautor des Strategiepapiers, die Stossrichtung auf den Punkt. Auch Pavatex-Chef Martin Bretenthaler ist vom Cleantech-Weg überzeugt. Das Unternehmen stellt heute vor allem Dämmplatten für Gebäude her. Zudem hat Pavatex in den letzten Jahren CO<sub>2</sub>-Ausstoss und Energieverbrauch drastisch reduziert. Dazu hätten allein wirtschaftliche Gründe geführt, sagte Bretenthaler: «Wir haben erkannt, dass die Welt in Richtung Cleantech geht.» Erkannt haben dies auch die sieben namhaften Stromversorger und Energieunternehmen, die Mitglied von swisscleantech sind. Dazu gehören die Kraftwerke Oberhasli (KWO), Axpo-Mitbesitzerin EKZ (Elektrizitätswerke

des Kantons Zürich) oder Romande Energie, die Anteile an Leibstadt und Gösgen hält.

## Politik am Zug

Von der Politik erwartet swisscleantech klare Signale. «Die Zeit zum Debattieren ist vorbei», so Zeyer. Unternehmen brauchten jetzt langfristige planbare und konkrete Rahmenbedingungen. Dazu gehört für swisscleantech auch eine vorübergehende Unterstützung energieintensiver Unternehmen. Wenn diese Industrien ins Ausland abwanderten, sei niemand gedient, sagte Piccard. Cleantech könnte ohnehin bald ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Die SP sammelt

derzeit Unterschriften für ihre Initiative, die bis 2030 die weitgehende Umstellung auf erneuerbare Energien verlangt. Auch die SP erhofft sich davon einen

Wachstumsschub für die Wirtschaft und 100 000 neue Arbeitsplätze. Swisscleantech unterstützt die Initiative laut Beglinger nicht. | sda

## Auch der Bundesrat setzt auf Cleantech

Auch der Bundesrat möchte die Wirtschaft auf grün trimmen. Dank einem Masterplan soll die Schweiz bis 2020 nachhaltig und zugleich Weltspitze in Sachen Cleantech sein. Angestossen wurde die Initiative vom ehemaligen Umweltminister Moritz Leuenberger und seiner Nachfolgerin, der damaligen Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard.

Sie orteten in der grünen Wirtschaft ein enormes Potenzial: Cleantech soll bis 2020 weltweit ein Marktvolumen von 2,2 Billionen Euro haben. Die Schweiz hat den Anschluss an diesen Markt in den letzten Jahren zusehends verloren. Das soll sich mit dem Masterplan ändern. Der Bundesrat schlägt darin 50 Massnahmen vor, darunter Produktinformationen und steuerliche Anreize.

## Bern | 40 Jahre Frauenstimmrecht

## «Es bleibt viel zu tun»

**Am 6. Juni 1971 sind an einem eidgenössischen Abstimmungssonntag erstmals auch die Frauen an die Urnen gegangen. Am 6. Juni 2011 – am Montag – hat der Bundesrat dieses 40-Jahr-Jubiläum in Bern festlich begangen.**

An dem Anlass wurde der Kämpfe gedacht, die zur Erreichung des Frauenstimmrechts nötig waren. Hierzu gab es einen filmischen Rückblick in ein halbes Jahrhundert Frauengeschichte. Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und Bundeskanzlerin Corina Casanova würdigten nationale Politikerinnen und Vorkämpferinnen, die sich um das Frauenstimmrecht verdient gemacht haben. Am Festakt erwiesen zudem die Bundesrätinnen Doris Leuthard, Simonetta Sommaruga, Eveline Widmer-Schlumpf und Bundesrat Johann Schneider-Ammann den Pionierinnen des Frauenstimmrechts die Ehre. Bei der Salärgechtigkeit zwischen Mann und Frau gebe es noch viel zu tun, erklärte Bundesrätin Leuthard vor den Parlamentariern sowie weiteren Gästen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Bundes-



In Feierlaune: Sommaruga, Schneider-Ammann, Calmy-Rey und Leuthard im Bernerhof. FOTO KEYSTONE

rat Schneider-Ammann sagte, Frauen und Männer seien heutzutage gleich gut ausgebildet, es sei nur richtig, dass die Frauen mehr und mehr Einzug in die Chefetagen hielten. Die Schweiz war weltweit eines der letzten Länder, die den Frauen die gleichen politischen Rechte zugestanden wie den Männern. Am 7. Februar 1971 stimmten 65,7 Prozent der Männer der Einführung des Frauenstimmrechts zu. Elf Jahre zuvor, 1959, war die gleiche Vorlage mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt worden. Am 6. Juni 1971 stimmten die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erstmals

gemeinsam über zwei eidgenössische Vorlagen ab: die Bundesbeschlüsse betreffend den «Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche oder lästige Einwirkungen» und die «Weiterführung der Finanzordnung des Bundes». «Das Frauenstimmrecht und -wahlrecht war gleichsam der Grundstein für eine konkrete Gleichstellungspolitik der Schweiz», erklärte Bundespräsidentin Calmy-Rey am Montag an der Feier in Bern. «Vieles, das die Pionierinnen hart erkämpfen mussten, ist heute für die jungen Frauen selbstverständlich geworden.» | sda

## Bern | Häusliche Gewalt

## Migrantinnen können kaum entrinnen

**Migrantinnen können häuslicher Gewalt oft kaum entrinnen. Die Gesetzeslage in der Schweiz sei unzureichend.**

Der am Montag in Bern vorgestellte Bericht «Häusliche Gewalt und Migrantinnen» zeigt anhand von sieben Einzelfällen auf, mit welchen Schwierigkeiten Migrantinnen, die sich aus einer gewaltsamen Ehe lösen möchten, konfrontiert sind, wie Claudia Dubacher, SBAA-Geschäftsleiterin und Mitautorin des Berichts, erklärte. Nachgezogene Migrantinnen verfügten über keine eigenständige Aufenthaltsbewilligung – diese sei in den ersten drei Jahren an das Bestehen der Ehegemeinschaft geknüpft. Wage es eine Frau, sich aus einer Gewaltbeziehung zu lösen, riskiere sie, ihre Aufenthaltsbewilligung zu verlieren. | sda

## Bern | Neue Spitalfinanzierung

## Keine neue Regelung

**Der Bundesrat lehnt zusätzliche Übergangsbestimmungen bei der Spitalfinanzierung ab.**

Die Ständeratskommission hatte mit den Bestimmungen verhindern wollen, dass die neue Finanzierung über Fallpauschalen zu einem Prämienschub führt. Der Bundesrat stimmt darin zwar mit der Kommission für soziale Sicherheit und

Gesundheit des Ständerates (SGK-S) überein, wie er am Montag in seiner Stellungnahme schreibt. Die Spitalfinanzierung dürfe nicht zu ungerechtfertigten Mehrkosten für die Krankenversicherung führen. Der Prämienschub müsse aber mit den bestehenden Regelungen verhindert werden. Der Bundesrat will dabei insbesondere die Tarifpartner und auch die Kantone in die Pflicht nehmen. | sda